

E 001**DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen in geänderter Fassung des Abänderungsantrags Ä 008

Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus – Förderung der Zivilgesellschaft ausbauen

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sowie die in den letzten Jahren zunehmende Feindlichkeit gegenüber den in Deutschland lebenden Menschen aus dem islamischen Kulturkreis sind Angriffe auf die Demokratie. Sie gefährden das Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Rechtsextreme und rassistische Einstellungen sind keine Phänomene an den Rändern der Gesellschaft, sondern bis weit in die Mitte der Bevölkerung verbreitet. In den letzten Jahren hat die Anzahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten weiter zugenommen. Während die Polizeibehörden im Jahr 2005 rund 16.000 Straftaten, davon 1.034 Gewalttaten, registrierten, waren es mit Jahr 2008 rund 20.500 Taten, davon 1.113 Gewalttaten. Zugenommen haben auch organisierte Angriffe auf Menschen, die gegen Rechtsextremismus protestieren und für eine solidarische Politik streiten oder als „Gegner“ definiert werden. Beispiele dafür waren die Angriffe gegen Demonstranten der Veranstaltung „GehDenken“ im Februar 2009 oder am 1. Mai 2009 in Dortmund. Motive sind zumeist Hass auf Andersdenkende und Gruppen, die von den Tätern als „minderwertig“ definiert werden.

Rechtsextreme Parteien und Gruppen sind in vielen Kommunalparlamenten und in den Landtagen von Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen vertreten. Sie nutzen die Wahlkämpfe und die parlamentarische Vertretung für die Verbreitung ihrer Ideologie. Dabei knüpfen sie häufig an soziale und gesellschaftliche Missstände an, deuten sie um und fordern eine Politik, die deutlich rassistische und nationalistische Züge trägt. Gerade die NPD tritt dabei mit verfassungsfeindlichen Vorstellungen auf und knüpft teils offen an die nationalsozialistische Ideologie an. Die Vertretung in den Parlamenten und die Beteiligung an den Wahlen ermöglichen den Einsatz von Steuermitteln für ihre rechtsextreme Propaganda.

Die Bekämpfung der demokratisch verfassten Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Organe ist ein Bestandteil rechtsextremer Ideologie, sie darf aber nicht darauf reduziert werden. Kernbestandteile rechtsextremer Einstellungen sind die Befürwortung der Diktatur, Chauvinismus, Sexismus, Ausländerhass, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und die Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Bekämpfung von Rassismus – eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft

Rassistische, fremdenfeindliche, antisemitische und rechtsextremistische Einstellungen sind keine Phänomene, die nur in bestimmten Altersgruppen oder in gesellschaftlich und sozial benachteiligten Gruppen zu finden sind. Sie sind nicht auf Ostdeutschland beschränkt, sondern zeigen sich auch in den westdeutschen Bundesländern. Rassistische Einstellungen sind, unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft, in allen Bevölkerungsgruppen und auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Mitgliedern der Gewerkschaften zu finden. Die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus darf daher nicht auf einzelne Zielgruppen reduziert werden, sondern muss umfassend angelegt und als Aufgabe der gesamten Gesellschaft gesehen werden.

Programme und Maßnahmen gegen Rassismus und Rechtsextremismus können nur nachhaltig erfolgreich gestaltet werden, wenn sie mit einer Politik zur Verhinderung von sozialer und gesellschaftlicher Ausgrenzung einher gehen.

Daher ist eine Politik, die Armut verhindert, Bildungschancen verbessert und die Gerechtigkeitsfrage insgesamt in den Blick nimmt, ein wesentlicher Baustein bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das gilt auch für die Integrationspolitik. Gleichwohl gilt: Migrantinnen und Migranten, sind auch wenn sie vollständig integriert sind, von Rassismus betroffen. Sie und ihre Kulturen werden häufig nur als Projektionsfläche rassistischer Vorurteile und Stereotype genutzt und dies unabhängig von der eigenen Erfahrungen mit Zugewanderten. Abstiegsängste, Ängste vor Arbeitsplatzverlust oder auch die generelle Ablehnung einer vielfältigen Gesellschaft tragen zudem zur Entwicklung und Verfestigung von Vorurteilsstrukturen bei.

Die bisherigen Maßnahmen und Programme zur Förderung von Demokratie und Toleranz haben mit dazu beigetragen, die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus vor allem in den Kommunen zu befördern. Sie sind damit ein wichtiger Baustein einer gesamtgesellschaftlichen Strategie gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, in der auch Politik und Medien eine Verantwortung haben und die Betroffenenengruppen gestärkt werden müssen. Diese Strategie, die weder im bisherigen Aktionsplan der Bundesregierung noch in den Koalitionsverhandlungen sichtbar wurde, muss entwickelt werden.

Statt Einzelmaßnahmen – Aktionsplan gegen Rassismus

Der von der Bundesregierung 2008 vorgelegte Aktionsplan gegen Rassismus, der aufgrund der Verpflichtungen aus der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 erstellt wurde, beschreibt zwar Programme und Maßnahmen, enthält aber keine Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Förderung von Toleranz und Gleichbehandlung.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf – ähnlich wie beim Nationalen Integrationsplan – einen Prozess zur Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus einzuleiten. Ziel muss sein, gemeinsam mit den Organisationen der Zivilgesellschaft, den Minderheitenorganisationen, den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie Ländern und Kommunen einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus zu entwickeln und entsprechende Maßnahmen auszubauen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus repressive Maßnahmen gegenüber rechtsextremen Organisationen und Straftätern, die Auseinandersetzung mit rassistischen Vorurteilen, die Stärkung der Betroffenen und der Zivilgesellschaft, beinhalten muss.

In den Aktionsplan gegen Rassismus einbezogen werden müssen auch die Anregungen des Ausschusses zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierungen der Vereinten Nationen (CERD) und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI). Sie weisen vor allem auf Lücken in der Gesetzgebung und beim Schutz von Minderheiten hin.

1. Maßnahmen gegen rechtsextreme Organisationen

Rechtsextreme Organisationen, insbesondere die NPD, verbreiten – teils unter dem Schutz des Parteiengesetzes – nationalistische Ideologien. Ihre Vorstellungen sind nach Auffassung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften verfassungswidrig und zielen auf die Beseitigung der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass ein Verbot der NPD unverzichtbar ist. Sie fordern Bund und Länder auf, ein Verbotsverfahren vorzubereiten und einzuleiten.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern darüber hinaus die Bundesregierung auf,

- mit Organisations- und Vereinsverboten gegen rechtsextreme Organisationen und Kameradschaften vorzugehen,
- die Tätigkeit von im Ausland ansässigen Organisationen, insbesondere die Verbreitung rechtsextremer Propaganda, einzuschränken,
- die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der EU bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu verstärken und den vom EU-Rat verabschiedeten Rahmenbeschluss umzusetzen,
- gemeinsam mit den Ländern dafür Sorge zu tragen, dass rechtsextreme Aufmärsche verhindert und Gegendemonstrationen nicht behindert werden sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Demonstrationen demokratischer Organisationen zu schützen.

2. Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie und rassistischen Vorurteilen

Rassistische Vorurteilsstrukturen entwickeln sich nicht unabhängig von der politischen Debatte. Werden Ängste geschürt oder in der Bevölkerung vorhandene Vorurteile für die Durchsetzung politischer Forderungen genutzt, so werden rassistische Einstellungen legitimiert. Gerade auch über elektronische Medien und Print-Produkte werden Stigmatisierungen vorgenommen, die kulturelle Zuschreibungen beinhalten und zur Verfestigung von Vorurteilsstrukturen geeignet sind. Gesellschaftliche Missstände, z.B. im Bildungssystem, werden bestimmten Gruppen der Bevölkerung zugeschrieben. Politik und Medien müssen ihre Verantwortung bei der Verbreitung rassistischer und antisemitischer Stigmatisierungen wahrnehmen.

Rechtsextreme Organisationen greifen in ihrer Propaganda wirtschaftliche und soziale sowie gesellschaftliche Themen auf. Insbesondere im Bundestagswahlkampf nutzte die NPD die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise für die Verbreitung antisemitischer und nationalistischer Vorstellungen. Auch Forderungen von Gewerkschaften und demokratischen Organisationen, z.B. nach Verbesserungen bei der sozialen Absicherung und Mindestlohn, werden propagandistisch genutzt und umgedeutet.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass eine inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit vermeintlich sozialen Forderungen der Rechtsextremen wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Strategie gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus ist. Die Auseinandersetzung mit rassistischen, antisemitischen und islamfeindlichen Einstellungen und Ideologien muss in die Lehrpläne der allgemeinbildenden und die beruflichen Schulen aufgenommen und in den Universitäten verstärkt werden.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass die Auseinandersetzung mit rassistischen und antisemitischen Einstellungen verstärkt auch in den Betrieben und Verwaltungen geführt werden muss. Abstiegsängste, Arbeitsplatzabbau und die Folgen der Globalisierung werden für die Verbreitung rechtsextremer Sozialdemagogie, insbesondere von der NPD, genutzt. Hinter ihrer Globalisierungs- und Kapitalismuskritik verbergen sich ein rassistischer Antisemitismus und die Ideologie einer nationalen „Volksgemeinschaft“ mit rassistischen Zügen sowie die Bekämpfung solidarischer Prinzipien.

Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien und Einstellungen ist daher eine zentrale Aufgabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Die Aktivitäten und Maßnahmen wurden in den letzten Jahren verstärkt. Zu den Maßnahmen gehörten unter anderem Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche, Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus und Bausteine für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden – im Rahmen der Entwicklung eines Aktionsplans gegen Rassismus – ihre Aktivitäten weiter ausbauen. Dazu gehören insbesondere

- der Ausschluss von Mitglieder und Kandidaten rechtsextremer Parteien aus den Gewerkschaften,

- Aktivitäten zur Demaskierung und inhaltlicher Auseinandersetzung mit rechtsextremer Sozialdemagogie sowie zur Verankerung gewerkschaftlicher Antworten auf die von der extremen Rechten instrumentalisierten sozialen Probleme,
- die Verhinderung von rechtsextremen Aufmärschen, gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft,
- die Weiterentwicklung der Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit,
- die verstärkte Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen in den Betrieben und Verwaltungen und
- die Förderung der Gleichbehandlung.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Arbeitgeberverbände sowie die Unternehmen und Verwaltungen auf, gemeinsam mit Gewerkschaften und Betriebs- und Personalräten die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie zu verstärken und in der betrieblichen Aus- und Fortbildung zu verankern.

3. Rechte der Betroffenen stärken

Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus stehen vielfach die „Täter“ im Mittelpunkt von Maßnahmen. Richtig sind Programme, die die Veränderung politischer Einstellungen zum Ziel haben. So genannte Aussteigerprogramme sind ebenfalls nötig. Gleichwohl müssen die von Rassismus und Antisemitismus betroffenen Gruppen gestärkt werden. Die Schaffung gleicher Partizipationsrechte und das Recht auf politische Teilhabe sind ein Instrument im Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung. Zudem kann das Stimmrecht mit zur Entwicklung eines demokratischen Klimas beitragen und verhindern, dass rassistische Vorurteile zur Mobilisierung genutzt werden.

Wesentlicher Bestandteil einer antirassistischen Gesamtstrategie ist auch die Schaffung von Möglichkeiten, sich gegen jede Form der Diskriminierung zur Wehr zu setzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kritisieren daher die Ankündigung der Regierungsparteien im Koalitionsvertrag, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz „im Hinblick auf einen möglichen Abbau von Bürokratielasten“ zu überprüfen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund, Länder und Kommunen auf, den Diskriminierungsschutz zu verbessern und die Klagemöglichkeiten auch von Betroffenen und Minderheitenorganisationen zu erweitern.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf,

- ihre Blockadepolitik gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie zur Erweiterung der europäischen Antidiskriminierungsgesetzgebung aufzugeben,
- die Ausnahmeregelungen vom Gleichbehandlungsgebot im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, z.B. bei der Wohnungssuche, abzuschaffen,
- ein Verbandsklagerecht, vor allem gegen strukturelle Diskriminierungen, zu verankern und
- gemeinsam mit den Bundesländern und Kommunen ein niedrigschwelliges Beratungs- und Unterstützungsangebot zu schaffen.

Zum Schutz von ausländischen Opfern rechtsextremer Gewalt und rassistischer Diskriminierung sind auch Veränderungen im Aufenthaltsrecht erforderlich; sie müssen ein Bleiberecht bekommen, das nicht allein während des gerichtlichen Verfahrens vor Abschiebung schützt.

4. Stärkung der Zivilgesellschaft – Beitrag zur Prävention und zur Auseinandersetzung

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereine und Initiativen sind Bestandteil der demokratischen Gesellschaft. Sie können mit ihren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einen entscheidenden Beitrag zur Sensibilisierung der

eigenen Mitgliedschaft und darüber hinaus der ganzen Gesellschaft leisten. Sie tragen nach innen und außen eine Verantwortung für die Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus.

Mit dem von der Bundesregierung aufgelegten Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ wurden knapp 100 lokale Aktionspläne in den Kommunen initiiert und verschiedene Modellprojekte gefördert. In den beteiligten Kommunen, vor allem auch über die Zusammenarbeit von staatlichen Stellen und Organisationen der Zivilgesellschaft, wurden Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und zur Stärkung der demokratischen Kultur geschaffen. Gleichwohl auf Kritik gestoßen ist, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen nur teilweise in die Konzeptentwicklung einbezogen wurden. Mit dem zweiten Programm „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ werden vor allem Beratungsnetzwerke auf Landesebene unterstützt.

Beide Programme, die in 2010 auslaufen, sind ein wichtiger Bestandteil der Prävention und zur Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus. Auch die neue Bundesregierung sieht eine Notwendigkeit zur weiteren Unterstützung entsprechender Maßnahmen. Im Koalitionsvertrag werden aber Rechts- und Linksextremismus in einem Zusammenhang genannt. Damit besteht die Gefahr der Gleichsetzung, der Veränderung der Zielsetzung der bisherigen Bundesprogramme und der Reduzierung der zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel. Links- und Rechtsextremismus haben weder gleiche Ursachen noch sind die ideologischen Ziele identisch oder vergleichbar.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund und Länder auf, auch weiterhin die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie finanziell zu unterstützen. Sie fordern die Bundesregierung auf:

- die Anregungen von Verbänden und beteiligten Organisationen in der Evaluation der Programme und deren Weiterentwicklung aufzugreifen,
- den Umfang der finanziellen Unterstützung für das Programm „Vielfalt tut gut“ nicht einzuschränken,
- das Programm „Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, mit dem die Opferberatung und mobile Beratungsangebote gefördert werden, weiter auszubauen; gerade die Beratung von Kommunen und Organisationen muss weiter ausgebaut werden.

Nach Auffassung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften tragen die Kommunen – unabhängig von der konkreten Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus – eine Verantwortung für die Förderung von Vielfalt und Demokratie. Dort, wo Jugendhäuser geschlossen, Sozial- und Jugendhilfemaßnahmen eingeschränkt und Beratungseinrichtungen nicht mehr finanziert werden, können Rechtsextreme an Boden gewinnen. Sie bieten inzwischen Beratungs- und Freizeitmaßnahmen an und können darüber ihre Ideologie verbreiten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher die Bundesregierung auf, nicht nur die Bildungsanstrengungen der Kommunen finanziell zu unterstützen, sondern auch die Errichtung und den Betrieb von Jugendpflegeeinrichtungen zu fördern.

Bei der Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Feindlichkeit gegenüber in Deutschland lebenden Muslimen sind alle gesellschaftlichen und politischen Akteure gefordert. Auf kommunaler Ebene zeigt sich, dass Kooperationen nicht nur bei der Organisation von Gegenveranstaltungen und Demonstrationen erfolgreich sind. Sie können auch präventiv wirken und den demokratischen Zusammenhalt stärken. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen daher die Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen auf kommunaler Ebene, in den Ländern und im Bund.